

26.09.

Bundestags-
wahl

Links der Elbe

Zeitung des örtlichen Verbandes Heidenau-Dohna-Müglitztal der Partei **DIE LINKE**

Solidarität – die verbindet

Das Wort „Solidarität“ ist für mich weder neu noch altmodisch, sondern hoch aktuell. Der Bundestagswahlkampf wird von drei Ereignissen geprägt, die nicht absehbar waren. Sie stehen im Zusammenhang mit der Frage, ob wir es schaffen, solidarisch die Krisen zu bewältigen. Da ist an erster Stelle Afghanistan. Zweites großes Thema ist die Hochwasser-Katastrophe, von der insbesondere Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, aber auch Teile Bayerns und Sachsens betroffen waren. Drittens bestimmt nach wie vor die Corona-Pandemie unseren Alltag maßgeblich mit. So unterschiedlich diese Themen sind – bei allen geht es um Menschenleben und letztlich auch um sehr viel Geld.

Vor 20 Jahren begannen die USA und die NATO-Staaten, darunter auch das von SPD und Grünen regierte Deutschland, den Krieg in Afghanistan. Deutschland müsse auch am Hindukusch verteidigt werden, hieß es. Nur DIE LINKE stimmten gegen diesen wie auch gegen jeden anderen Kriegseinsatz. Mit Krieg und Waffen lässt sich kein dauerhafter Frieden schaffen. Der Afghanistan-Krieg forderte tausende Menschenleben, brachte Zerstörung, trieb Millionen in die Flucht und kostete auch die deutschen Steuerzahler*innen mindestens 12,5 Milliarden Euro. Katastrophal dann der chaotische Abzug der NATO-Truppen, obwohl

die USA schon im Februar 2020 (!) den Rückzug mit den Taliban vereinbart hatten. Die Entwicklung war absehbar. Trotzdem lehnten CDU/CSU und SPD im Juni unsere Anträge auf sicheren Schutz und geordnete Evakuierung der afghanischen Ortskräfte und derer Familien ab, weil angeblich keine akute Gefahr bestand, dass die Taliban Kabul in kurzer Zeit einnehmen würden. Ich bleibe dabei: Für die Betroffenen, darunter viele Kinder, sind Solidarität und Menschlichkeit gefragt.

Die Hochwasserschäden vom Juli werden auf über 30 Milliarden Euro beziffert. Viele Menschen halfen oder spendeten, auch die Bundestagsfraktion der LINKEN beteiligte sich mit mehr als 100.000 Euro. Mit Unterstützung der LINKEN wird nun ein Hilfsfonds für den Wiederaufbau eingerichtet, an dem sich Bund und Länder solidarisch beteiligen.

Mit der Corona-Pandemie leben wir inzwischen über eineinhalb Jahre, und ein Ende ist nicht absehbar.



Neben gravierenden Einschränkungen, von denen vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch ältere und behinderte Menschen betroffen sind, entstanden enorme Verluste für Unternehmen, Vereine, Institutionen, private und öffentliche Haushalte. Auch hier zeigten sich Nachbarn und Kollegen auf vielfältige Weise solidarisch. Für manche blieben aber leider nur der Beifall vom Balkon und leere Versprechungen, denn Pflegekräfte und Krankenschwestern werden immer noch schlecht bezahlt.

Wer wird die enormen Kosten der Krisen tragen? DIE LINKE hat dazu klare Vorschläge vorgelegt. Dazu gehören neben der (Wieder)Einführung einer Vermögenssteuer eine gerechte Steuerpolitik, die den Großteil entlastet, aber die Reichen und Superreichen stärker zur Kasse bittet, auch mit einer einmaligen Sonderabgabe für Privatvermögen über zwei Millionen Euro. Zaghafte und nicht halb so konsequent sind die Forderungen von SPD und Grünen. Nimmt man aber die Programme von CDU, FDP und AfD, dann sollen wieder vor allem die kleinen Leute die Zeche zahlen. Das wollen wir nicht! Auch deshalb werbe ich dafür, mit beiden Stimmen DIE LINKE zu wählen. Wir brauchen dringend mehr solidarisches Handeln!

André Hahn

Die großen und die kleinen Fragen

Neben den großen Fragen, die wir regelmäßig im Landtag ansprechen – seien es die Renten, Gesundheitspolitik, Sozialpolitik, Klimaschutz, die grundsätzliche Frage um mehr Gerechtigkeit für alle –, sind es oft auch die kleinen Dinge, die wir voranzubringen versuchen. Dinge, die nicht sofort auffallen, die aber dennoch für jeden Einzelnen Wirkung entfalten.

Knall auf Fall wurde die Förderung für die Sanierung der bestehenden Abwasseranlagen gestrichen. Das bedeutet, dass die Abwasserzweckverbände weniger Mittel erhalten, um die Anlagen instand zu halten. Diese Mehrbelastungen werden immer bei den Verbraucher*innen landen und es wird teurer. Jetzt kann man kritisieren, dass die CDU in den letzten 30 Jahren an der Stelle viele falsche Entscheidungen getroffen hat. Bei der Auslegung der Abwassersysteme wurde z. B. nicht eingerechnet, dass in den meisten Regionen Sachsen Menschen wegziehen – die Anlagen sind schlicht überdimensioniert. Aber sollen das jetzt die Verbraucher wegtragen, diejenigen, die hier leben und arbeiten? Dazu sagen wir ganz klar nein! Die Förderung muss bestehen bleiben. Einen entsprechenden Antrag haben wir vor dem Sommer eingereicht.

Wir haben uns um öffentliche Wege, Straßen und Plätze gekümmert. Alle Wege, die bis Ende nächsten Jahres nicht öffentlich gewidmet sind, gelten dann als Privatwege. „Zutritt verboten!“ heißt es dann auf Schildern. Hier geht es nicht um große Straßen, sondern es geht um landwirtschaftlich genutzte Wege, um Wege zu Grundstücken. Wanderwege und Radwege werden genauso betroffen sein wie Verbindungswe-



ge zwischen Kommunen, die von Kindern und Jugendlichen für den Schulweg genutzt werden. Wir sind der Auffassung, dass Wege zur Infrastruktur dazu gehören und wollen den Wegebestand aus diesem Grund bewahren – zumal etliche der Wege Bedeutung für Sachsen als touristische Region haben. Leider haben alle Fraktionen gegen unseren Antrag gestimmt, die Fristen für den Erhalt der Wege zu verlängern. Er zielte darauf ab, den Kommunen Zeit zu geben, um vernünftig und mit den Menschen vor Ort in aller Ruhe zu erfassen, was vorhanden ist, und öffentlich zu widmen, was nötig ist. Wir hoffen, dass das bei der Regierung angekommen ist und sich noch etwas bewegt.

Klar sind es auch die großen Fragen, denen wir uns widmen müssen. Wir kritisieren, dass an der Coronapolitik das Landesparlament nicht beteiligt wird. Wir streiten dafür, dass die Herausforderungen des Klimawandels nicht zu Lasten derjenigen angegangen werden, die ohnehin schon am stärksten belastet sind – die Menschen mit mittleren und

niedrigen Einkommen. Wir streiten für eine würdige Asylpolitik, für eine Bildungspolitik, die Kinder und deren Potentiale in den Mittelpunkt stellt und sie nicht zu lebensfremden Lernmaschinen macht. All das machen wir auch jeden Tag, aber eben auch die kleinen Dinge, die sich genauso auf alle auswirken.

Um das kraftvoll zu machen, brauchen wir Unterstützung. Menschen, die mit uns gemeinsam für Positionen streiten und mit uns gemeinsam überzeugen, dass wir doch verändern können, in dem wir am Ball bleiben und sagen, was ist. Wer mitmachen will, ist bei uns willkommen!

Antje Feiks, MdL

Bild: Unsere Landtagsabgeordnete der LINKEN, Antje Feiks, kochte mit den Stadträten Steffen Wolf (hier nicht im Bild) und Denis Skeries, unterstützt von der Kreisgeschäftsführerin Ina Richter, vor dem Brunnebeck eine leckere Kartoffelsuppe und kam bei dieser Gelegenheit mit Bürgern der Stadt ins Gespräch.

Wanderwitz, nachgehakt

Vor einiger Zeit hatte sich der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), negativ in der Presse zu Vergangenheit und Gegenwart eines Teils der Menschen im Osten geäußert. Dafür erntete er berechtigt Kritik in den Medien, die ein offenes Ohr für die Ostdeutschen haben. „Links der Elbe“ berichtete. Nun, einige Wochen später, gab es ein neues Interview mit ihm. Dabei ging es um gleichwertige Lebensverhältnisse, um eine gewisse Ost-Identität und um die Frage: Benötigt man den Ostbeauftragten noch? Außerdem wurde Wanderwitz zum heiklen Thema Rechtsextremismus mit seinen vermeintlichen Wurzeln in der DDR befragt. Betrachtet man das Interview, so bleibt Wanderwitz im Wesentlichen bei seinen Aussagen, aber man merkt, dass er die Kritiken schon berücksichtigt hat.

Es sind nun nicht die 27 Prozent AfD-Anhänger der Ostdeutschen, denen er nichts mehr zu sagen hat, sondern er grenzt die Diskussion auf die Rechtsextremen ein. Er gibt zu, dass die Führungsebenen von AfD, NPD, III. Weg Westdeutsche sind, die hier einen Nährboden gesucht und gefunden haben. Begünstigt war das laut Wanderwitz durch Arbeitslosigkeit, Angst und Neid.

Dies seien keine Mehrheiten, man müsse differenzieren. Aufgrund der Benachteiligung des Ostens ist der Anteil der Extremisten zwangsläufig höher. Wanderwitz kritisiert auch Biedenkopf, weil dieser die Gefahr des Rechtsextremismus speziell in „Seinem Sachsen“ bagatellierte.

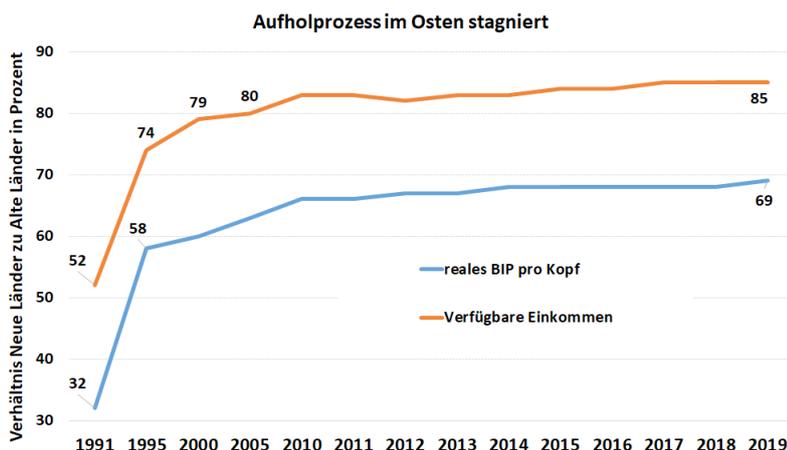
So weit ist das einigermaßen richtiggestellt. Wenn man die Lebensverhältnisse beider Teile Deutschlands vergleicht, ist der Osten schon noch ein Stück vom Westniveau entfernt und das 31 Jahre nach der Wende. Der Aufholprozess stagniert. Dies betrifft das verfügbare Einkommen (nur 85 Prozent) das reale Bruttoinlandsprodukt (76 Prozent), immer noch die geringere Rentenhöhe und die Ausstattung der Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln. Auch Wanderwitz gibt zu, dass der Aufholprozess noch einige Jahre dauern wird. Also wird noch dieser Posten besetzt bleiben müssen, hoffentlich nicht nur als Feigenblatt. Es sei denn, nach den Bundestagswahlen setzt eine neue Regierung Leitplanken für eine schnellere Annäherung der ostdeutschen Länder.

Die Bertelsmann-Stiftung führte eine Studie zu den Gemütslagen durch. Während für die Menschen im Ostteil die Veränderungen eng

mit teils dramatischen biographischen Brüchen verbunden sind, fehlt denen im Westen häufig ein persönlicher Bezug zur Wiedervereinigung. 74 Prozent der Menschen in Ostdeutschland schätzen den Einfluss der Einheit als sehr groß ein, bei den Westdeutschen sind es nur 61 Prozent. Im Leben der Westdeutschen spielt die Frage, ob jemand aus dem Osten oder Westen kommt, eine untergeordnete Rolle. Für die Ostdeutschen ist ihre Herkunft ein entscheidender Teil ihrer Identität. So überwiegt bei vielen Menschen in Ostdeutschland (84 Prozent) immer noch das Gefühl, dass im Zuge der Wiedervereinigung viele Dinge, die in der DDR funktioniert haben, verloren gegangen sind. Die Befragten bringen zum Ausdruck, dass keine gemeinsame Gesellschaft entstanden ist. Es sei nur das westdeutsche System bergestülpt, an das man sich anpassen musste. 83 Prozent der Ostdeutschen geben an, nach der Wende unfair behandelt worden zu sein. 60 Prozent fühlen sich als Bürger zweiter Klasse.

Wanderwitz wird diese Studie kennen. Er geht aber nicht darauf ein, wohlwissend, dass es noch eine Menge zu tun gibt, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Das wird nötig sein, um ein Großteil der Anhängerschar der AfD von 26 Prozent in Sachsen für die Demokratie zu gewinnen. Gerade den Unentschlossenen für die Abstimmung am 26. September sollten die Augen geöffnet werden bezüglich der Gefahren, die ein Votum für die AfD bedeutet. Es sei nur an das Ende der 30er Jahre erinnert. Alle demokratischen Kräfte mit einer starken Linken müssen dafür kämpfen, dass es nicht so weit kommt.

Peter Fischer



Konsequent sein zur Bundestagswahl

Bei der Wahlentscheidung zur Bundestagswahl sollte es vor allem nach Inhalten gehen, die sich idealerweise in den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien finden. Da diese sehr umfangreich sind, müssen sich wohl fast alle Bürger auf die Aufbereitung in den Massenmedien (zu denen ich auch das Internet zähle, mit der besonderen Gefahr der Fälschungen) verlassen. Der Umfang der Programme der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien ist auch mir zu groß (CDU/CSU 140 Seiten, SPD 66 S., Grüne 137 S., FDP 68 S., Grüne 137 S., Die Linke 168 S. – immerhin auch eine Kurzfassung von 12 S. und AfD gar 210 S. – die Schmutzzulage, das zu lesen bezahlt mir keiner!).

Überrascht hat mich da eine Analyse des ZEW (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung), dem man eine linkslastige Befangenheit nun wahrlich nicht unterstellen kann. Es hat die finanziellen Auswirkungen untersucht, die die Umsetzung dieser Programme für die einzelnen Bürger unterschiedlicher Einkommensgruppen hätte, aber auch was sie für den Staatshaushalt bedeutet. Die fiskalischen Effekte auf den Staatshaushalt betragen in Milliarden Euro: bei der SPD +14,0, bei der Linken +36,8, bei den Grünen +18,1, bei der FDP -87,6, bei der Union -32,6 und bei der AfD -52,5. Das bedeutet letzten Endes, dass die LINKE am verantwortlichsten mit dem Staatshaushalt umgeht und die FDP, deren Mythos noch immer eine besondere Wirtschaftskompetenz ist, von Finanzen offensichtlich gar keine Ahnung hat. Mit den Steuerentlastungen für Reiche lassen sich aber die vernünftigen klingenden Forderungen nach bes-

serer Bildung, schnellerer Digitalisierung und Förderung kleiner, vor allem innovativer Unternehmen gar nicht umsetzen.

Wem die Forderungen der FDP besonders am Herzen liegen, der müsste konsequenterweise die LINKE wählen.



Das Plus bei SPD, Linken und Grünen basiert zu großen Teilen auf der Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögenssteuer mit unterschiedlicher Ausgestaltung. Gleichzeitig sollen durch diese drei Parteien kleine und mittlere Einkommen von der Einkommenssteuer entlastet werden (Bei Union und FDP zwar auch, aber lächerlich gering). Steuererhöhungen können einen Aufschwung abwürgen, damit haben die FDP-Plakate schon Recht. Aber eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes um drei Prozentpunkte für Einkommensmillionäre und eine Vermögenssteuer für Privatpersonen, die mehrere Millionen gehortet haben, wirkt sich auf die Wirtschaft überhaupt nicht aus. Andere Steuererhöhungen – außer der schon beschlos-

senen CO2-Steuer – fordert aber niemand.

Dafür dürften die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, die Erhöhung des Mindestlohnes und Entlastungen im Gegenzug zur CO2-Steuer wegen der höheren Kaufkraft eher die Wirtschaft

ankurbeln. Die ach so verteuflerte Einführung des Mindestlohnes hat doch bewiesen, dass es dadurch – vielleicht nicht jedem einzelnen kleinen Betrieb – so doch der Wirtschaft insgesamt nur bessergeht.

Wem also die Forderungen der Union besonders am Herzen liegen, müsste der konsequenterweise die LINKE wählen.

Ich kann es hier nicht im Detail ausführen. Dafür fand ich einen Satz aus der „Anstalt“ vom 23. Juli aufschlussreich: „Für das was im Wahlprogramm der LINKEN steht, werden die Grünen gewählt“. Soll heißen: Die LINKEN verbinden konsequenten Klimaschutz mit weitreichender sozialer Gerechtigkeit und machen Klimaschutz so erst

richtig umsetzbar. Oder um einen alten Satz von Dagmar Enkelmann zu wiederholen: „Die grünsten Grünen sind die Roten“.

Wem also die Forderungen der Grünen besonders am Herzen liegen, der müsste konsequenterweise die LINKE wählen.

Innenpolitisch liegen die Grünen und neuerdings wieder die SPD mit den LINKEN gar nicht so weit auseinander. Vor allem der SPD fehlt es dabei aber an der nötigen Konsequenz. Zu zaghaft bewegt sie sich in Richtung Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Dazu braucht sie die Unterstützung einer konsequenteren Kraft in einer Koalition jenseits der Union.

Wem also die Forderungen der SPD besonders am Herzen liegen, der müsste konsequenterweise die LINKE wählen.

In den Tabellen des ZEW kommt die AfD gar nicht vor. Zu diffus sind deren ökonomische Forderungen. Sie wollen vor allem die besonders Reichen durch Streichung des Solidaritätszuschlages für alle entlas-



ten. Weitere Entlastungen sind für besonders gutverdienende Eltern durch Einführung eines Familiensplitting im Programm. Entlastungen für Otto Normalbürger sind nicht vorgesehen. Sonst strotzt das Programm von Futter für Verschwörungstheoretiker und sonstige Querköpfe.

Wem also die Forderungen die Forderungen der AfD besonders am Herzen liegen, der müsste konsequenterweise noch einmal gründlich über seine eigenen Interessen nachdenken und das Wählen dieses Mal ausnahmsweise sein lassen. Wer aber soziale Gerechtigkeit mit

konsequentem Klimaschutz und wirtschaftlichem Aufschwung und mehr individuellen Freiheiten verbunden haben will, muss konsequenterweise sowieso die LINKE wählen.

Außenpolitische Aspekte habe ich hier nicht behandelt. **Aber wer konsequente Rüstungskontrolle, Frieden in der Welt und fairen internationalen Handel will, kann konsequenterweise nur die LINKE wählen.** Leider wissen das laut Umfragen noch viel zu Wenige.

*Wolf Gommert
Fotos: Martin Heinlein*

Wählen Sie politisch!

Aktuell werden die Wahlen in diesem Land als großes Spektakel inszeniert. Geradezu wie bei einem Sportereignis werden uns Vorausschau, Prognosen und Wahlbende serviert.

Zwischen all den Fragen, wer wie beliebt ist und wer an welcher Stelle seinen Lebenslauf geschönt hat, geht es ganz überwiegend nicht um politische Themen. Nur ab und an blitzt mal ein Thema durch, wenn die Forderung an sich für einen kleinen Skandal taugt.

In den allermeisten Berichten geht es immer nur um die Frage, ob Partei A oder Partei B die stärkste Kraft wird und was man alles tun muss, um Partei C zu verhindern. Wer dieses Spiel mitspielt, muss gar nicht solange zurückschauen, was bei solch einem Wahlverhalten herauskommt. Im Jahr 2002 traten Edmund Stoiber von der CSU und Gerhard Schröder von der SPD gegeneinander an – so die öffentliche Wahrnehmung. Etliche Wählerinnen und Wähler der damaligen PDS wählten dann Schröder, um

Stoiber zu verhindern. Das Ergebnis war, dass die PDS aus dem Parlament flog und Gerhard Schröder Kanzler wurde. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzten danach das größte Sozialabbau-Programm nach dem Krieg durch und führten Deutschland wieder in internationale Kriege. Es ist falsch, taktisch zu wählen, es geht immer um konkrete Politik.

Lutz Richter, Vorsitzender DIE LINKE. Sächsische Schweiz / Osterzgebirge

Bürgertagswahl am 26. September

21 Forderungen zur Bundestagswahl von „Aufstehen“

Als linke Sammlungsbewegung legen wir den Fokus unserer Forderungen eindeutig auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit, den gemeinsamen Nenner aller linken Bewegungen und Parteien. Wir stellen nicht nur soziale Forderungen, sondern benennen auch Finanzierungsquellen. Dabei geht es nicht nur um linke politische Inhalte, sondern auch die politischen Rahmenbedingungen, um diese Inhalte dauerhaft abzusichern. Mit diesem gemeinsam erarbeiteten Katalog wollen wir in den Bundestagswahlkampf 2021 eingreifen.

GESUNDHEIT & SOZIALES

Solidarisierung des Gesundheitssystems: 1. Zusammenführung der privaten und gesetzlichen Krankenkassen zu einer Bürgerversicherung, 2. Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze für Krankenkassenbeiträge, 3. Abschaffung der Behandlungspauschale.

Entprivatisieren des Gesundheitssystems: Es darf nicht sein, dass Anleger und/oder Aktionäre dem Gesundheitswesen Geld entziehen. Das Gesundheitswesen gehört – mit Ausnahme der niedergelassenen Ärzte – vollständig in öffentliche Hand. Alles Kapital muss im System bleiben und für Investitionen, Personal und Patienten zur Verfügung stehen.

Gesetzlich festgelegte Stellenschlüssel in der Krankenpflege: Einführung von Stellenschlüsseln in der stationären Krankenpflege durch eine gesetzliche Vorgabe. Der Stellenschlüssel soll sich am

Pflegeaufwand der Patienten orientieren.

Infrastruktur entprivatisieren: Energieversorgung Strom und Gas, Krankenhäuser, Telefonnetze, öffentlicher Verkehr wieder in staatliche Hand.

Mindestlohn 13 Euro: Unter der Lohnsteuerklasse I oder IV bleiben bei einer 40-Std-Woche ein Monatsgehalt von 1.468 € übrig bei 13 € pro Stunde. Das sollte jede Arbeit wert sein.

Einzahlung in die Sozialkassen durch alle, egal ob Beamte oder Angestellte: Die Belastung der Sozialkassen wird immer höher. Die Arbeiter und Angestellten stemmen

gen für alle: Bundesweiter Mietendeckel! – Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne! – Wohnungsneubau-Offensive der öffentlichen Hände! – Ende von Spekulation und Leerstand!

STEUERN & SOZIALE GERECHTIGKEIT

(Wieder-)Einführung einer Vermögensteuer für Multimillionäre: Wohlstand für alle – nicht nur Reichtum für wenige! Multimillionäre und Milliardäre sollen einen größeren Anteil für den Erhalt unseres Gemeinwesens leisten und zu nötigen Investitionen beitragen.

Erhöhte Steuerabgabe für Unternehmen wie Google, Apple und



die Hauptlast. Wir fordern, dass alle in die Sozialkassen einzahlen!

Steuerfreie Renten: Renten bis 3.000 € müssen steuerfrei bleiben. Schließlich wurden diese bereits im erarbeiteten Bruttolohn versteuert. Lebenswerte, bezahlbare Wohnun-

Amazon: Internationale Konzerne sollten in dem Land, in dem sie Kapital erwirtschaften, auch zur einer erhöhten Steuerabgabe gezwungen werden können!

Optimieren des Sozialversicherungs- und des Steuersystems der

BRD: Schaffen einer einheitlichen Pflicht-Sozialversicherung und eines fairen Steuerrechts für alle.

Kurzarbeitergeld aus der Arbeitslosenversicherung darf nicht für Dividende sein: Geld aus der Arbeitslosenversicherung darf nicht als Kurzarbeitergeld von Großkonzernen an ihre Aktionäre in Form von Dividenden gehen, ein Gesetz muss dazu in Deutschland verfasst werden.

DEMOKRATIE

„Direkte Demokratie“: Volksgesetzgebungsverfahren einführen und vereinfachen: Volksgesetzgebungsverfahren („direkte Demokratie“) müssen auf Bundesebene eingeführt und auf Landesebene vereinfacht werden.

Lobbyismus ist aufzuzeichnen und zu veröffentlichen: Gespräche von Abgeordneten mit Lobbyisten sind unter Strafandrohung ausnahmslos, vollumfänglich, in brauchbarer Qualität aufzuzeichnen und im Internet für jedermann zugänglich zu machen.

Unabhängige Medien: Medien sind die vierte Macht im Staate und

dürfen nicht von mächtigen Finanz- oder Politikinteressen dominiert werden. Wir brauchen eine unabhängige, demokratische Instanz für Journalismus.

Parteispenden stark begrenzen: Parteien dürfen keine Spenden von juristischen Personen (Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Vereine) entgegennehmen. Spenden von natürlichen Personen an Parteien werden auf 5.000 € im Jahr begrenzt.

Kosten für externe Beraterfirmen stoppen: Externe Beraterfirmen, die offensichtliche und/oder hintergründig eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen, dürfen in den Ministerien nicht mehr eingesetzt werden.

ABRÜSTUNG

Kitaplätze und moderne Schulen fördern statt Rüstungsausgaben erhöhen: Mehr Kitaplätze werden gebraucht, Schulen müssen zukunftsfähig werden! Schulen brauchen bessere Ausstattung und genügend qualifiziertes Personal. Hier sollte künftig der Fokus liegen und nicht auf einer Erhöhung der Rüstungsausgaben!

Dem Atomwaffenverbotsvertrag zustimmen: Deutschland muss den Atomwaffenverbotsvertrag in der nächsten Legislaturperiode unterzeichnen und ratifizieren!

VERBRAUCHER- UND TIER-SCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung im Klartext: Verarbeitete Lebensmittel dürfen keine Namen bekommen, die irreführend sind. Alle Inhaltsstoffe müssen ausnahmslos aufgeführt werden. Gefahrstoffe müssen deutlich hervorgehoben werden.

Echte Tierwohlgruppen einführen: Kennzeichnung von Fleisch in Supermarkt und Restaurant etc. (wie bei den Eiern): 0= ökologische Haltung, 1= Freilandhaltung, 2= Strohhaltung, 3= Massentierhaltung

Beteiligung ist möglich unter www.deinepolitik.aufstehen.de

Mehr Informationen zu den Wahlprogrammen auch unter www.zew.de unter „Publikationen“

aufstehen



Ein Stolperstein für Paul Gröger

Wie schon in der SZ zu lesen war, fand am 24.8.2021 die feierliche Verlegung des Stolpersteins für den ersten Bürgermeister unserer Stadt, Paul Gröger statt. Etwa 20 Heidenauer und ihre Gäste hatten sich eingefunden. Organisiert und musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung vom Akubiz Pirna.

Bekanntlich hatte der ehemalige Heidenauer Marco Boltz, der jetzt in Hildesheim lebt, diesen ersten Stolperstein für Heidenau ange-regt. Nach langen Auseinander-setzungen im Stadtrat – man kann sich denken, welche Fraktion da-gegen war – wurde die Verlegung doch mehrheitlich beschlossen.

Zu Beginn fügte der Initiator der Verlegung solcher Gedenksteine für ganz Deutschland und das Aus-land, Gunter Demnig, den Stein in das Pflaster vor der Rathaustreppe ein und Anne Nitschke vom Aku-biz als Moderatorin übergab das Mikrophon an Bürgermeister Opitz. Er, der schon 2015 in der Flücht-



lingskrise Courage bewiesen hat-te, ging in seiner Rede nicht nur auf die Leistung Paul Grögers, sondern auch auf den schwierigen Weg bis zur Verlegung des Steins ein. Marco Boltz schilderte u.a.,

wie er „dank“ der sozialen Medien in Heidenau, aber auch in seiner neuen Heimat angefeindet wurde. Auch Staatsminister Martin Dulig, SPD, betonte bei der Würdigung Grögers noch einmal, dass das nationalsozialistische Gedankengut noch lange nicht aus unserem Le-ben verschwunden ist. Eingehend auf die Reaktionen einiger der we-nigen gerade Vorübergehenden oder -fahrenden, mahnte er ein re-spektvolles Miteinander an.

Die Arbeitsgruppe „Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus“ ehrte Paul Gröger mit dem Verlesen der wichtigsten Stationen seines Wirkens. Auch die geplante Verlegung eines Steins für den jü-dischen Kaufmann Maximilian Rei-mer wird ein weiterer Schritt sein, Einfluss auf das Geschichtsver-ständnis der Heidenauer, vor allem der Jugend zu nehmen.

Regina Michael



Nein zu Kriegseinsätzen!

Die letzten Wochen und Monate wurde die Weltpolitik von dem Geschehen in Afghanistan bestimmt. Mit dem Beschluss 2020 des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, alle US-Truppen aus Afghanistan abzuziehen und damit einen 20jährigen Krieg zu beenden, wurde das Land in eine tiefe Krise gebracht, deren Ergebnis wir jetzt jeden Tag vor Augen haben.

Afghanistan mit seinen etwa 32 Millionen Einwohnern besteht aus vielen verschiedenen Ethnien und Sprachen. Die größte Bevölkerungsgruppe sind mit 40 Prozent die Paschtunen, aus denen die Taliban-Bewegung hervorgegangen ist. Die Geschichte Afghanistans zeigt im nachfolgenden, dass Kriege und Militäreinsätze bisher immer zum Scheitern verurteilt waren. Im 19. Jahrhundert versuchten Russland und Großbritannien in Afghanistan Fuß zu fassen, die einen, um einen Zugang zum Meer zu erlangen und die anderen, um ihre indischen Besitzungen zu erweitern. Großbritannien führte dabei drei Kriege, die ohne Erfolg blieben und 1921 zur Unabhängigkeit führten.

In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts kam nach mehreren Regierungsumstürzen eine fortschrittliche Regierung an die Macht, die neben der Einführung einer Bodenreform auch einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abschloss. Gleichzeitig bildeten sich in den Bergregionen muslimische Widerstandsgruppen, die Mujaheddin, „Gotteskrieger“. Im Kampf gegen sie wurden sowjetische Truppen zu Hilfe gerufen. In dieser Zeit wurden die Mujaheddin intensiv von den USA mit Waffen, aber auch mit Ausbildern unter-

stützt. Nach zehn Jahren verließen die letzten sowjetischen Truppen das Land. Die Verluste waren horrend, Schätzungen gehen von 15.000 toten und 54.000 verwundeten Militärangehörigen aus. 1992 gelangen die Mujaheddin die Macht.

Im Ergebnis der Anschläge im September 2001 auf das World Trade Center in New York und auf die Botschaft in Nairobi griffen die USA und die Nato-Verbündeten Afghanistan an und vertrieben die

gekostet. Wir, DIE LINKE, hat von Anfang an erkannt, dass Militäreinsätze in keinem Land einen Sinn haben. Wir sind die einzige Partei im Bundestag, die generell gegen Militäreinsätze und deren Verlängerung gestimmt hat.

Man kann in keinem Land der Welt, das durch eine durch tiefe Religiosität gleich welcher Art und durch Stammeskultur geprägt ist, eine andere Lebenskultur – Demokratie – durch Militärpräsenz durchsetzen. Probleme und Auseinan-



regierenden Taliban. Nach 20 Jahren wurden die Militäreinsätze beendet und alle Truppen abgezogen. Die Taliban eroberte innerhalb weniger Wochen das Land und bildet jetzt die Regierung.

Was hat es gebracht? Der BRD hat es 17 Milliarden Euro und 52 Bundeswehrsoldaten hat es das Leben

dersetzungen in diesen Ländern müssen eigenständig, ohne eine direkte Einmischung von außen gelöst werden. Für uns Europäer ist es manchmal schwer zu ertragen, aber es gibt außer unseren Kulturkreisen auch andere, die anders funktionieren.

Yasi

Das Trauerspiel von Afghanistan

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
„Wer da! – „Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“

Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

„Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.
Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in der Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all,
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So lasst sie's hören, dass wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!“

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

„Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.

Theodor Fontane, 1859



Kann Baerbock Kanzlerin?

Als Meinungsumfragen zufolge die reale Gefahr bestand, dass Annalena Baerbock von den Grünen das Kanzleramt übernehmen könnte, schossen sich die Gegner auf sie ein. Allerhand Nebensächlichkeiten wurden ausgekratzt. Mich interessiert aber nicht, ob jede Formulierung im Lebenslauf auf der Homepage korrekt war. Es ist nebensächlich, ob in ihrem Sachbuch Formulierungen stehen, die ein anderer schon mal gedacht hat. Nebeneinkünfte von der eigenen Partei, die für jedermann nachlesbar waren, wurden wohl auch nur aus Oberflächlichkeit verspätet gemel-

det. Wer verheimlicht schon etwas, was jeder theoretisch nachlesen kann? Mir ist auch gleichgültig, wie sie zu der Berufsbezeichnung Völkerrechtlerin gekommen ist.

Mich stört aber gewaltig, dass ihre Äußerungen zu Russland, China, Nord-Stream 2, den USA, der NATO und anderen außenpolitischen Themen unter Beweis stellen, dass sie von ihrem eigentlichen Fachgebiet Völkerrecht absolut keine Ahnung zu haben scheint. Deshalb sehe ich die Gefahr, dass sie es ihrem Vorbild Joseph Fischer gleichtut und sich den USA weiter rektal

annähert. Sie hat daher meines Erachtens weder im Kanzleramt noch im Außenministerium etwas zu suchen.

Da es innenpolitisch und klimapolitisch durchaus einige Schnittmengen mit der LINKEN gibt, würde ich trotzdem einer anderen Regierungsverantwortung ihrerseits hoffnungsvoll entgegensehen. Für ihren anscheinend kompetenteren Kollegen Robert Habeck würde sich dann auch noch eine Aufgabe finden.

Wolf Gommert

Straßennamen – Hermann Löns

Naturforscher, Naturschützer, Jäger, Heidedichter – ein Grüner, ein Vordenker der Umweltbewegung, ein Nationalist, der schon zu Lebzeiten zum Mythos wurde? Vor 155 Jahren, am 26. August 1866, wurde er in Culm, Westpreußen, heute Chełmno, geboren. Er war das erste von 14 Kindern, der Vater war Gymnasiallehrer. Hermann besuchte das Gymnasium und studierte in Greifswald Medizin. Er wurde Mitglied der schlagenden Turnerschaft Cimbria und in Göttingen Mitglied einer Landsmannschaft. 1893 heiratete er erstmals. Die Ehe scheiterte, wahrscheinlich auch wegen seiner Alkoholexzesse. Seine zweite Frau war selbstbewusste Frauenrechtlerin, durch ihren Vater bekam Löns in Hannover Zugang zu den höheren Kreisen. Als er sich weigerte, für den Sohn mit Behinderung Alimamente zu zahlen, verließ ihn die Ehefrau.

Sein Studium hatte Löns 1890 aufgegeben, wegen seines Alkoholkonsums kam es zum Bruch mit den Eltern. Auch die Pfälzische Presse entließ ihn nach einjähriger Anstellung wegen seines Alkoholismus. 1892 ging Hermann Löns nach Hannover, wo seine Karriere als Journalist einer Tageszeitung begann. Als leidenschaftlicher und fähiger Mitarbeiter stieg er beim Hannoverschen Anzeiger zum Chefredakteur auf. Er wurde auch als Buchautor, Naturliebhaber und Heidedichter bekannt. Seine Fahrten durch die Lüneburger Heide inspirierten ihn zu zahlreichen Gedichten, von denen viele vertont wurden. 1906 ging Löns nach Bückeburg, wo er als Chefredakteur der Schaumburg-Lippischen Landeszeitung arbeitete. Die Gaststätte, in der er seine Manuskripte redigierte, lag in einem Gebäude, das früher ein Bankhaus beherbergte, betrieben vom Bank-



haus Heyne, das dem Großvater von Heinrich Heine gehörte. Als Löns Bückeburg verließ, verfasste er eine bissige Satire, in der er am Beispiel Schaumburg-Lippes über die Kleinstaaterei in Deutschland spottete.

Der Beginn der Industrialisierung brachte ihn immer mehr dazu, in die Natur hinauszuziehen. Viele Werke beinhalten Tier- und Jagdgeschichten sowie Landschaftsschilderungen. Dass die Jäger zu Hegern wurden, wird auf die Aktivitäten des passionierten Jägers Löns zurückgeführt. Löns setzte sich 1911 für die Gründung des Nationalparks Lüneburger Heide ein. Bei Kriegsausbruch 1914 meldete er sich freiwillig. Seinem Füsilierregiment gehörte später auch Ernst Jünger an. Den Dienst als Kriegsberichterstatte in den rückwärtigen Diensten lehnte er ab und überquerte am 7. September mit seinem Regiment die französische Grenze. Schon nach knapp einem Monat Kriegsdienst fiel Hermann Löns am 26.



September 1914 bei einem Sturmangriff in Loivre. 1986 wurde sein Kriegstagebuch gefunden. In Notizen hatte er die Grausamkeit des Krieges beschrieben.

1933 fand ein Bauer Gebeine beim Pflügen bei Loivre. Obwohl die Erkennungsmarke nicht einwandfrei identifiziert werden konnte, befassten sich Nazigrößen wie Göring, Heß, Goebbels und Reichswehrminister Werner von Blomberg auf Anweisung Hitlers mit der Angelegenheit „Löns-Bestattung“. Dass die Nationalsozialisten Löns vereinnahmten, ist kein Wunder, äußerte er sich doch nationalistisch und antisemitisch. „Ich bin Teutone hoch vier. Wir haben genug mit Humanismus, National-Altruismus und Internationalismus uns kaputt gemacht, so sehr, dass ich eine ganz gehörige Portion Chauvinismus sogar für unbedingt nötig halte. Natürlich passt das den Juden nicht. ...“ Und: „Wenn auf der Erde was Großes geschaffen wurde, immer gab blondes Blut seinen Anstoß dazu.“ Der Germanist Hans-Albrecht Koch urteilte vernichtend: „Banalste Gedichte, von denen einige durch Vertonung überlebt haben, und Provinzprosa, die der Blut- und Bodenliteratur zumindest vorgearbeitet hat.“

Nach 1935 entstanden Lönsdenkmäler, 2006 waren es in Deutschland, Österreich und anderen Ländern 140 Stätten. Da wir uns in der DDR vor allem mit Kämpfern für den Fortschritt, Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und Opfern des Faschismus beschäftigt haben, ist uns die Hermann-Löns-Straße in den Hintergrund gerutscht. Aber „Auf der Lüneburger Heide“ singen wir natürlich alle gerne!

Regina Michael, Quelle: Wikipedia

Dank an Dr. Günter Wild

Als vor 29 Jahren die erste Ausgabe von Links der Elbe erschien, war dies neben anderen aktiven Mitgliedern der PDS unser Genosse Dr. Günter Wild, der mit viel Engagement für unser Blatt sorgte. In ungezählten Beiträgen schrieb er informative, manchmal sarkastische, aber immer kämpferische Beiträge, die sich sehr oft mit der aktuellen Politik in Heidenau, im Landkreis und in

Sachsen befassten. In Stadtrat und Kreistag war er unermüdlich tätig. Nachdem es seine Gesundheit nicht mehr zulässt, so aktiv zu sein, muss er kürzertreten. Wir alle gönnen ihm die zusätzliche Zeit, danken für sein langes Wirken in der Redaktion und wünschen alles Gute.

Vorstand des örtlichen Verbandes Heidenau - Dohna - Müglitztal

Termine

14.09.21, 19 Uhr, Christuskirche Heidenau: Wahlforum mit Bundestagskandidaten

18.09.21, 10 Uhr, Drogenmühle: Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf Deutschland - Europa - Weltweit. Referent: Uwe Hiksck (angefragt) Veranstaltung von RotFuchs.

26.09.21 - Bundestagswahl

16.10.21, 10 Uhr, Drogenmühle: Auswertung der Bundestagswahl 2021 - Referenten: Genossen der Partei DIE LINKE und der DKP - Veranstaltung von RotFuchs.

Kubas Gesundheitswesen ist stark, aber nicht unverwundbar

Kuba kämpft gegen die Pandemie, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die verheerende US-Politik: Unter Ex-Präsident Trump wurde Kuba auf die US-Liste Terror unterstützender Staaten gesetzt. Damit ist Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr in US-Dollar ausgeschlossen – eine Strangulierung der gesamten Wirtschaft.

Kubas effektive Bekämpfung der Coronapandemie führt zu niedrigen Infektions- und Sterberaten, doch die wirtschaftliche Situation und die US-Sanktionen setzen die medizinische Versorgung massiv unter Druck. Spenden Sie für die Beschaffung von Verbrauchs- und Anästhesiematerial, Infusionspumpen sowie Ultraschall- und Röntgengeräten!

Helfen Sie Kubas Gesundheitswesen, Leben zu schützen!

Spendenkonto
beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba si:
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC: BELADEXXXX
Verwendungszweck: Kuba muss überleben/Gesundheitswesen

Cuba si

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 00 94 55
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Impressum

Links der Elbe

Zeitung des örtlichen Verbandes Heidenau-Dohna-Müglitztal der Partei DIE LINKE
Herausgeber: DIE LINKE. örtlicher Verband Heidenau-Dohna-Müglitztal

Redaktion

Steffen Wolf, Wiesenstraße 3, 01809 Heidenau; Peter Mildner, Güterbahnhofstraße 26, 01809 Heidenau (peter.mildner@onlinehome.de)
Für den Inhalt der Artikel sind die Autoren verantwortlich. Die Redaktion behält sich vor, sinnwahrende Veränderungen vorzunehmen.
Fotos: privat

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert. Empfohlene Spende pro Zeitung 1,00 €

DIE LINKE SOE
Volksbank Pirna e.G.
IBAN: DE75850600001000932345
BIC: GENODEF1PR2
Kennwort: Links der Elbe Heidenau

Redaktionsschluss 01.09.2021

